

Universitäts-Pflichtkurs zum Klimawandel

geschrieben von Chris Frey | 13. Oktober 2024

Cap Allon

Die Universität von Kalifornien in San Diego (UCSD) hat eine umstrittene neue Vorschrift eingeführt, die alle neuen Studenten ab dem Herbstsemester 2024 zwingt, einen Kurs über den Klimawandel zu belegen.

Die „Climate Change Education Requirement“ schreibt vor, dass jeder Studienanfänger im ersten Jahr mindestens einen Kurs zum Thema Klimawandel belegen muss, unabhängig von seinem Hauptfach. Die UCSD kündigte diese Änderung als Teil eines laufenden Vorstoßes zur Integration von Umwelt- und Politik-Ideologie in ihren Lehrplan an.

Laut der Website der Universität soll diese neue Anforderung, die Jane Teranes Climate Change Education Requirement genannt wird, den Studenten das „Wissen und die Fähigkeiten“ vermitteln, die für die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel notwendig sind. Doch anstatt den Studierenden die Freiheit zu geben, verschiedene Standpunkte zu erforschen oder sich mit kritischem Denken zu beschäftigen, werden sie durch den Lehrplan der UCSD in eine vorab genehmigte Liste von Kursen gelenkt, die ein bestimmtes Narrativ über Klimawandel und soziale Gerechtigkeit fördern.

Die Liste der Kurse ist aufschlussreich. Optionen wie „Climate Justice“, „Gender and Climate Justice“ und „Indigenous Approaches to Climate Change“ signalisieren eine starke Betonung von Identitätspolitik und Aktivismus. Andere Kurse wie „Literature & the Environment“ und „Environmentalism in Arts and Media“ stellen sicher, dass der Klimawandel nicht nur als wissenschaftliches, sondern auch als kulturelles und ideologisches Thema gelehrt wird. Dabei geht es nicht nur um Klimawissenschaft, sondern auch um die Förderung einer bestimmten Weltanschauung, die mit der herrschenden politischen Ideologie in Einklang steht.

Kanzler Pradeep Khosla formulierte die Anforderung als eine Möglichkeit, Studenten für den Umgang mit dem Klimawandel zu „rüsten“. Er erklärte, dass diese Anforderung Studierenden aller Fachrichtungen zugute kommen würde, unabhängig davon, ob sie MINT, Geistes- oder Sozialwissenschaften studieren. In Wirklichkeit werden die Studierenden jedoch dazu gedrängt, eine vorgegebene Haltung zu einem hochgradig politischen Thema einzunehmen, anstatt sich frei mit diesem Thema auseinanderzusetzen und ihre eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Viele dieser klimabezogenen Kurse überschneiden sich auch mit den

Anforderungen der UCSD für Diversity, Equity and Inclusion (DEI), die seit 2011 bestehen. Dieses Programm wurde eingeführt, um Themen wie „struktureller Rassismus“ anzusprechen und Studenten mit Themen zu Ethik und Macht zu beschäftigen. Durch die Verknüpfung der Klimabildung mit DEI hat die UCSD im Wesentlichen Umweltaktivismus mit Identitätspolitik vermischt und damit die Ideologie weiter in ihren akademischen Rahmen eingebettet.

Der Prorektor des Muir College Wayne Yang gab zu, dass diese neue Anforderung direkt durch den DEI-Lehrplan inspiriert worden sei.

Anstatt Raum für echte interdisziplinäre Studien zu schaffen, weist diese Initiative die Professoren an, das Thema Klimawandel in ihre bestehenden Kurse einzubauen. Das Ergebnis? Eine verwässerte akademische Erfahrung, bei der eine ideologische Grundlage, d. h. der Klimawandel-Aktivismus, nicht nur unausweichlich wird, sondern auch von Oberstufen-Kursen ablenkt, die sich auf das gewählte Hauptfach eines Studenten konzentrieren sollten.

Die UCSD ist natürlich nicht allein. Auch andere Einrichtungen wie die Columbia University haben damit begonnen, Lehrkräfte auszubilden, die den Klimawandel mit einem Schwerpunkt auf „kultursensibles Lernen“ behandeln. Diese Ansätze geben Anlass zu ernster Besorgnis darüber, was aus der Hochschulbildung geworden ist. Anstatt ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die Studierenden frei entfalten und entwickeln können, in dem sie Annahmen in Frage stellen und unterschiedliche Standpunkte diskutieren können, werden die Universitäten zu Echokammern für propagandistische Gedankengänge. In der Bildung sollte es darum gehen, Ideen zu erforschen, nicht darum, bestimmte Doktrinen durchzusetzen. Studierende zu zwingen, politisch aufgeladene Kurse zu belegen, ist ein unverhohlener Versuch, die akademische Landschaft umzugestalten, einer Agenda zu dienen und letztlich eine gefügige, eindimensionale Bevölkerung zu schaffen, die dasselbe denkt, glaubt und fürchtet – eine solche Bevölkerung ist natürlich viel leichter zu kontrollieren.

In dem Maße, wie sich dieser Trend zur Einbettung von Aktivismus in akademische Lehrpläne ausbreitet, wird die Kernaufgabe des Bildungssystems – eine abgerundete, objektive Bildung zu bieten – zunehmend durch ideologische Konformität beeinträchtigt. Anstatt kritisches Denken zu fördern und zu vielfältigen Perspektiven zu ermutigen, treiben die Universitäten Agenden voran, die sich um CAGW, DEI, Identitätspolitik und die neuesten sozialen Modetrends wie LGBTQ+-Aktivismus drehen. Dieser Wandel verengt die Weltanschauung der Studierenden und bietet ihnen eine gefilterte Version statt einer ausgewogenen. In Bezug auf CAGW schüren übertriebene Darstellungen existenzieller Klimabedrohungen Ängste, die es leichter machen, extreme politische Maßnahmen zu rechtfertigen, die als notwendige Lösungen vermarktet werden. Diese Politik birgt jedoch die Gefahr, persönliche Freiheiten zu beschneiden und die Gesellschaft weiter zu spalten – alles unter dem Deckmantel, sie zu retten.

Die Kernaufgabe des Bildungssystems – eine umfassende, objektive Bildung zu vermitteln – wird zunehmend durch ideologische Konformität beeinträchtigt.

Die Jugend ist formbar und beeinflussbar, weshalb das Establishment sie so oft ins Visier nimmt.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/scotland-snow-ucsds-mandatory-climate?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email
(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE